

## Pressemitteilung

### CFS-Umfrage zu den „Auswirkungen der Corona-Krise“

#### **Deutsche Finanzbranche rechnet mit schwerwiegenderen Folgen für die Wirtschaft als in der Finanzkrise 2008 – Eigenkapitalmaßnahmen überwiegend begrüßt**

FRANKFURT, 30. April 2020

Eine Umfrage des CFS unter Führungskräften in der Finanzbranche zeigt, dass ca. 78% der Befragten damit rechnen, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise deutlich schwerwiegender sein werden als in der Finanzkrise 2008.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Rettungsmaßnahmen im Umfang von derzeit ca. 750 Milliarden € bestehen bislang überwiegend aus Sonderkrediten und Kreditgarantien.

Mehr als 60% der Umfrageteilnehmer halten die Maßnahmen der Bundesregierung für angemessen, weitere 24% der Befragten wünschen sich noch höhere Förderbeträge und lediglich 12% halten das gegenwärtige Hilfspaket für überzogen. Gefragt, in welcher Form diese Hilfen erbracht werden sollen, würden es knapp 80% der Teilnehmer begrüßen, wenn zusätzlich zu den Kreditprogrammen mehr Eigenkapitalinstrumente genutzt würden, um die Verschuldung der Unternehmen nicht weiter ansteigen zu lassen. Nur 13% der Befragten lehnen Eigenkapitalmaßnahmen ab.

„Die Akzeptanz von Hilfen in Form von Eigenkapital würde wohl seitens der Finanzindustrie starke Unterstützung finden – hier könnte ein Schlüssel zur Sicherung und Rückgewinnung der Finanzstabilität in Europa liegen“, erläutert Professor Dr. Jan P. Krahen, wissenschaftlicher Direktor des Center for Financial Studies.

Umstritten ist unter den Befragten, ob die Hilfgelder europaweit koordiniert, d.h. nach einheitlichen Standards vergeben werden sollten. Dies befürworten immerhin 54% der Befragten aus dem Finanzsektor, 41% lehnen dies ab.

Die Hilfsprogramme in Europa sind sehr unterschiedlich dimensioniert - groß in Deutschland, klein in Italien. Stellen diese Unterschiede mittelfristig eine Gefährdung der Europäischen Währungsunion/Eurozone dar? Die Hauptgefahr für die Eurozone sehen die Befragten deutlich in der ungleichen Dimensionierung der Hilfsprogramme im Norden und im Süden Europas – 85% sehen hier Gefahren aufziehen.

„Da die ungleiche Dimensionierung viel stärker als Problem benannt wird, als die mangelnde internationale Koordinierung der Programme, liegt hier vielleicht eine wichtige Erkenntnis für die Politik: Es liegt im Eigeninteresse auch der Nordländer, der Asymmetrie in den Rettungsprogrammen auf europäischer Ebene entgegenzuwirken – egal ob koordiniert oder nicht“, erläutert Professor Dr. Jan P. Krahen.

Der Finanzsektor sieht aufgrund der umfangreichen Hilfsprogramme auf Ebene der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten ganz überwiegend (ca. 85%) das Risiko einer Gefährdung für die Stabilität der Europäischen Währungsunion. Die Einführung von Gemeinschaftsanleihen in Form von Corona Bonds lehnen ca. 48% der Teilnehmer ab, ca. 23% können sich diese jedoch vorstellen, ein auffallend hoher Anteil von ca. 30% hat dazu keine dezidierte Meinung.

Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance e.V., unterstreicht: „Die aktuelle Krise fordert und fördert die globale Koordination in den Bereichen Medizin, Wissenschaft und Wirtschaft. Zwar begünstigte die weltweite Vernetzung die schnelle Verbreitung der Corona-Pandemie, sie ist aber auch Teil der Lösung, weil man durch Zusammenarbeit schneller sein kann. Dem wird noch zu wenig Rechnung getragen.“

## Pressemitteilung

---

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

**Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.**

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

**Projektmanagement:**

**Sebastian Frontczak**

Center for Financial Studies  
House of Finance  
Goethe-Universität Frankfurt  
E-Mail: [frontczak@ifk-cfs.de](mailto:frontczak@ifk-cfs.de)  
Tel.: (069) 798-30043

**Pressekontakt:**

**Sabine Kimmel**

Center for Financial Studies  
House of Finance  
Goethe-Universität Frankfurt  
E-Mail: [kimmel@ifk-cfs.de](mailto:kimmel@ifk-cfs.de)  
Tel.: (069) 798-30066

[www.ifk-cfs.de/cfs-index](http://www.ifk-cfs.de/cfs-index)